

Mitteldeutsche Zeitung

MZ | Sachsen-Anhalt

Anträge auf Entschädigung: Bekommen SED-Opfer mehr Zeit?

Von Julius Lukas | 25.10.17, 08:00 Uhr

- **Bis 2019 können Leidtragende der DDR-Diktatur noch Anträge auf Entschädigung stellen.**
- **Die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fordert, die Frist zu streichen.**

Halle (Saale) - Die Aufarbeitung des DDR-Unrechts ist auch 27 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht abgeschlossen. „Pro Jahr stellen in Sachsen-Anhalt SED-Verfolgte 1.200 bis 1 400 Anträge auf Rehabilitation und Entschädigung“, sagt Birgit Neumann-Becker, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Das Niveau sei seit Jahren gleichbleibend hoch, was sich auch in den nächsten zehn bis 15 Jahren so fortsetzen werde. „Erst 2040 rechnen wir mit den letzten Anträgen.“

Allerdings müssen dafür noch die Voraussetzungen geschaffen werden. Denn Ende 2019 läuft die gesetzliche Frist zur Antragstellung aus. Für Neumann-Becker und ihre Kollegen in den anderen Ländern ist das nicht hinnehmbar. „Wir können 2019 nicht 30 Jahre friedliche Revolution feiern und gleichzeitig sagen: Keine Anträge mehr.“ Derzeit laufe daher eine Initiative, durch die das Thema in den Bundesrat eingebracht werden soll.

„Dazu suche ich das Gespräch mit den Fraktionen im Landtag“, sagt Neumann-Becker. Ziel sei, eine komplette Entfristung zu erreichen. Denn oft stelle sich die Frage nach einer Entschädigung erst spät im Leben - etwa wenn es um das Thema Rente geht: „Und die Generation der Babyboomer ab 1960 kommt erst noch in dieses Alter.“

Dass es einen gewissen Abstand zu den Ereignissen braucht, bestätigt auch André Gursky: „Oft sind es erst die Kinder oder Enkel, die eine Beschäftigung bei Betroffenen auslösen“, sagt der langjährige Leiter der Gedenkstätte Roter Ochse in Halle, der dort als pädagogischer Mitarbeiter tätig ist.

Hinzu komme, dass immer neue Kapitel der Aufarbeitung aufgeschlagen werden. Ein Beispiel sei der Frauen-Strafvollzug. „Dort starten wir gerade erst mit der Durchsicht der Akten.“ Zu erwarten sei, dass auch in diesem Bereich neue Opfer politischer Willkür auftauchen. „Viele der Frauen wissen vielleicht noch nicht, dass ihnen ein Entschädigung zusteht.“

Opfer der SED-Diktatur: Entschädigung für Zwangsarbeit im Ausland möglich

Welch große Antragsfluten eine Frist auslöst, zeigt sich anhand der Anerkennung der Zwangsarbeiter. Deutsche, die im Ausland zu Arbeitstätigkeiten gezwungen wurden, können noch bis Ende des Jahres einen Antrag auf eine einmalige Entschädigungszahlung von 2 500 Euro stellen. Seit Sommer 2016 ist das möglich. „Und bisher wurden bundesweit bereits 25 000 solcher Anträge gestellt“, sagt Birgit Neumann-Becker.

In Sachsen-Anhalt wurde bisher 7 206 Personen eine Opferentschädigungsrente zugesprochen - einige davon sind bereits gestorben. Derzeit beträgt die Pension 300 Euro im Monat. Diese bekommt, wer in der DDR eine Haftstrafe von 180 Tagen und mehr verbüßen musste und im Nachhinein strafrechtlich rehabilitiert wurde. Hinzu kommen Opferentschädigungen bei geringerer Haftzeit, die einmalig gezahlt werden. Allein in Sachsen-Anhalt flossen im Vorjahr rund 19,5 Millionen Euro in die Pensionen. 35 Prozent davon trägt das Land, den Rest der Bund.

Über die SED-Diktatur und die Zeit der sowjetischen Besatzung wird auch beim 23. Halle-Forum gesprochen, das am Mittwoch in der Saalestadt beginnt. Das Tagungsthema ist das Lager Mühlbeck, in dem erst Soldaten und anschließend politische Häftlinge eingesperrt wurden. (mz)

<